

Zeitenwende und Rechtsruck in Bayern

Das Bundeswehrgesetz stellt Schulen und Unis in den Dienst des Militärs

von Mark Ellmann

Die in den letzten Jahren gesteigerte Präsenz von Militärs im öffentlichen Raum wirkt sich nicht nur auf die Rolle von Fachleuten der Bundeswehr in Talkshows oder im Schulunterricht aus. Auch für Hilfsarbeiten werden Soldaten vermehrt herangezogen: Ob in der Hochwasser-Hilfe¹ oder zur Mitarbeit in der Schule bei akutem Mangel an Aufsichtskräften². Doch mit dem seit letztem Jahr geltenden Bayerischen Bundeswehr-Fördergesetz soll der Einsatz der Bundeswehr in den Schulen intensiviert und zum Regelfall werden.

Dass die Einflussnahme der Bundeswehr-Jugendoffiziere auf die politische Willensbildung der Heranwachsenden – oftmals sind es sogar noch Kinder – nicht neutral verläuft, sondern durchaus parteiisch ausgerichtet ist, ergibt sich bereits aus der Sonderstellung der Bundeswehr in den Klassenzimmern.

Begründung des Bayerischen Bundeswehrgesetzes

Das neue Gesetz soll „vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Zeitenwende die Bundeswehr dabei unterstützen, ihren neuen Hauptauftrag Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen“ und geht davon aus, dass der Russland-Ukraine-Krieg und der Israel-Palästina-Krieg die Bundeswehr herausfordern, „die Einsatzbereitschaft zur Landes- und Bündnisverteidigung wiederherzustellen“, so die ursprüngliche Problembeschreibung im Gesetzesentwurf. Die Zeitenwende-Politik der ehemaligen Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP hat eine militaristische Dynamik losgetreten, mit der in vielen Bereichen friedenspolitische Grundsätze über Bord geworfen wurden – etwa durch den Einsatz von Soldaten im Unterricht.

Im Interview mit der Csu-nahen Hanns-Seidel-Stiftung wurde der federführende Staatsminister für dieses Gesetz, Dr. Florian Herrmann, gefragt, welchen Mehrwert er sich durch das Gesetz erhoffe. Seine Antwort: „Die bisherige Bilanz der Bundesregierung bzgl. der von ihr selbst ausgerufenen Zeitenwende fällt – vorsichtig formuliert – gemischt aus“ und führt aus, wo überall Geld fehle für die Truppe. Er kritisiert konkret die „alleinige

Fokussierung auf die Auf- und Ausrüstung der Bundeswehr. Die Bundeswehr muss aber auch wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken.“³ Darum geht es also bei diesem Gesetz.

Die von der Staatsregierung formulierte Zielstellung, dass „auch künftig eine strikte Trennung von politischer Bildung und Unterstützung bei der beruflichen Orientierung gewahrt werden“ soll, ist angesichts der Zielsetzung, durch eine Intensivierung der politischen Bildung durch die Bundeswehr die Einsatzbereitschaft für den Dienst an der Waffe zu steigern, widersprüchlich. Es ist also nicht davon auszugehen, dass Grundsätze der politischen Bildung gewahrt werden, wenn die parteiliche Darstellung durch die Armee ohne sichtbare zivile Gegenposition vermittelt wird.⁴

Der Zugang der Bundeswehr zu den Schulen ist ein Schwerpunkt, den zweiten Schwerpunkt des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr bildet das explizite Verbot von Zivilklauseln von Hochschulen und Universitäten. Zivilklauseln sind Selbstverpflichtungen und Bekenntnisse von Hochschulen, zu ausschließlich zivilen Zwecken zu forschen und zu lehren, die die Mitglieder einer Hochschule im Rahmen demokratisch geregelter Prozesse in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung beschließen. Diese Zivilklauseln sind nun verboten in Bayern. „Durch das Verbot sogenannter ‚Zivilklauseln‘, die Wissenschaftlern militärische Forschung verbieten würden, wird bspw. eine reibungslose zivil-militärische Zusammenarbeit an den bayerischen Universitäten sichergestellt“, so Staatsminister Herrmann im O-Ton.⁵

Eingriff in die Hochschulautonomie

Dies mittels eines gesetzlich verankerten Verbots von Zivilklauseln sicherzustellen, wie es Bayern seit diesem Jahr macht, greift in unzulässigem Umfang in die Autonomie und Selbstverwaltungsstrukturen bayerischer Hochschulen ein. Auf dieses Argument angesprochen, sagt der aus TV-Talkshows bekannte Politikwissenschaftler Carlo Masala, „dass Zwang zur Militärforschung nur im Falle einer Gefährdung der nationalen Sicherheit gel-



ten würde, was in Friedenszeiten nicht zutrifft.⁶ Dass eben jenem Mechanismus schon in Friedenszeiten das Verbot der Zivil- oder Friedensklauseln vorangeht, darauf geht der Professor von der Universität der Bundeswehr München, der zuvor am NATO Defense College in Rom tätig war, nicht ein.

Dabei ist dieser Angriff auf die Selbstverwaltungsstrukturen der Hochschulen nicht zu bagatellisieren. Das Gebot bzw. die Verpflichtung zur Zusammenarbeit ziviler Hochschulen mit der Bundeswehr sind unvereinbar mit der im Grundgesetz in Art. 5 Abs. 3 verankerten Freiheit von Wissenschaft.

Reaktionen und Auswirkungen

Das Gesetz ist nun seit August 2024 in Bayern in Kraft. Was sind die Auswirkungen? Zuerst einmal gab es Lob, z.B. vom Deutschen Bundeswehr Verband.⁷ Der Präsident des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, Patrick Sensburg, erklärte gegenüber der Rheinischen Post: „Ich begrüße die in Bayern nun gesetzliche festgehaltene Kooperation zwischen Schulen und Jugendoffizieren und befürworte gleichzeitig dahingehende bundesweite Überlegungen“.⁸ Auch Unionspolitiker aus Bremen, NRW, Berlin und Hamburg fordern entsprechende Gesetze für den Zugang der Armee zu Schulen oder das Zivilklausel-Verbot für ihre Bundesländer⁹, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz fordert es sogar bundesweit: „Sogenannte Zivilklauseln, die militärische Forschung an den Hochschulen verbieten, sollten aufgehoben werden. Das ist nicht mehr zeitgemäß.“¹⁰

Das Gesetz hat damit bislang zwei Auswirkungen: Zum einen die Normalisierung der Militarisierung des öffentlichen Bildungsbereichs durch die juristische Vorgabe zur Kriegsertüchtigung durch die Armee, zum anderen eine Debatte um die Notwendigkeit von Zivilklauseln und nicht-militärischer Ansprüche an Forschung, Lehre und Zivilgesellschaft.

Die bislang messbaren Auswirkungen sind noch gering, denn für den verpflichtenden Besuch der Jugendoffiziere in allen Bayerischen Klassenzimmern fehlt ihnen noch das Personal. Bundesweit gibt es zurzeit ca. 90 Ju-

gendoffiziere. Es wirkt, als wenn das Gesetz als symbolhafter Beitrag zum Rechtsruck und seiner besonderen militaristischen Verschärfung namens Zeitenwende zu verstehen ist. Dazu passt eine symbolische Übung am Campus der Technischen Universität in München. Die TU-Leitung informierte vorab per E-Mail: „(...) heute wollen wir Sie darüber informieren, dass am 23. Oktober 2024 ab 16:00 Uhr bis zum 24. Oktober 2024 um 10:00 Uhr die Bundeswehr in Abstimmung mit den einschlägigen Behörden im Rahmen einer überregionalen Übung im Dienste unserer aller Sicherheit ein größeres Testmanöver auch an unserem Forschungscampus in Garching abgehalten wird. Seien Sie bitte nicht überrascht, wenn in dieser Zeit Soldatinnen und Soldaten, Polizei und Angehörige des Technischen Hilfswerks verstärkt im Straßenbild präsent sein werden. Während des Manövers gegebenenfalls auftretende Verkehrsbehinderungen am Campus Garching bitten wir zu entschuldigen und bedanken uns für ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen (...) Präsident (...) Kanzler“

Dagegen regte sich Protest: Antimilitaristen und Gewerkschafter aus der lokalen Betriebsgruppe informierten mit Flugblättern über unsere verfassungsrechtlichen Bedenken und über die Klage von GEW Bayern und DFG-VK Bayern gegen das Bayerische Bundeswehrgesetz – damit diese Bilder nicht zur Normalität werden.

Proteste gegen Zeitenwende und Militarisierung

Wir Antimilitaristinnen und Antimilitaristen sollten uns von dieser Entwicklung und ihrer Schnelligkeit nicht einschüchtern lassen und weiter für die Verteidigung verfassungsrechtlich verbrieft Rechte einsetzen. Angesichts der durch die Zeitenwende-Politik losgetretenen Totalität der Normalisierung militärischer Logik in allen Teilen der Gesellschaft sollte sich die Friedensbewegung nicht allein auf den juristischen Weg verlassen, den GEW und DFG-VK in Bayern mit der Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof einschlagen. Aktionen aus der demokratischen Zivilgesellschaft und im Besonderen der Arbeiter- und Friedensbewegung gegen die Zeitenwende-Politik bleiben notwendig.

Bei der Kundgebung und Demonstration „Soziales rauf – Rüstung runter“ von ver.di, GEW und Münchner Friedensbündnis am 12.10.2024 herrschte große Einigkeit darüber, dass das Geld nicht in die Rüstung, sondern in Soziales investiert werden muss und dass die Situation in Palästina durch einen Waffenstillstand zu stoppen ist und wir gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind – ein klares Bekenntnis gegen Zeitenwende und Militarisierung.

Solche sozialpolitischen Proteste können ein wichtiger Bezugspunkt sein, um uns angesichts des heftigen Gegenwinds, den uns der deutsche Militarismus entgegenbläst, nicht verwirren zu lassen. Weiterhin muss die verfassungsrechtliche Debatte mit schonungsloser Konsequenz geführt werden, um den Mantel des Schweigens zu lüften, in dessen Schatten der Militarismus beim Abbau von Grundrechten agiert.

Anmerkungen

¹ „Die gekürzten Katastrophenhilfe in Bayern wird nun von 800 Soldaten übernommen, weil für zivile Kräfte

kein Geld mehr da ist. Denn es war die CSU-geführte Regierung, die 2018 die Reste des Hochwasserschutzes zusammengekürzt hat, obwohl die Situation in den betroffenen Gebieten schlimmer wird.“, zit. aus Erklärung der DKP Bayern zu den Hochwassern, 3.6.2024, dkp-bayern.de.

² Offiziersanwärter*innen dürfen nicht als Vertretungslehrkräfte eingesetzt werden, 15.6.2022, gew-bayern.de.

³ Andrea Rotter: Die Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft, 10.10.2024 hss.de.

⁴ Eine ausführliche Erläuterung der Problematik des Gesetzes hat die Bildungsgewerkschaft GEW Bayern im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses erarbeitet: Martina Borgendale: Zum Gesetzentwurf zur Förderung der Bundeswehr, 18.3.2024, gew-bayern.de.

⁵ Andrea Rotter, a.a.O.

⁶ Zit. nach: Welche Einschränkungen erleben Forschende in Deutschland?, 11.10.2024, deutschlandfunk.de.

⁷ Roland Stengl: Dritter Besuch des Landesvorsitzenden bei Veitshöchheimer Kameradschaften, 28.10.2024, dbwv.de.

⁸ Laura Vörberg: „Dass Jugendoffiziere vor Schulklassen stehen, sollte Normalität sein“, 3.9.2024, rp-online.de.

⁹ Vgl u.a.: CDU Bremen will Verteidigungsindustrie stärken, 30.5.2024 cdu-bremen.de.

¹⁰ Merz fordert ungehinderten Bundeswehrzugang zu Schulen und Forschung, 14.7.2023, spiegel.de.

Frankfurter Erklärung

Wir dokumentieren an dieser Stelle die Abschlusserklärung des bundesweiten Zivilklausel-Kongresses, der vom 16. bis 17. März 2024 in Frankfurt am Main stattgefunden hat. Das PDF der Erklärung kann unter imi-online.de abgerufen werden.

Vereint in der Überzeugung, dass eine Welt ohne die Logik der Gewalt möglich und nötig ist; entschlossen für eine international kooperative Entwicklung der Menschheit einzutreten, stellen wir uns, als Forschende, Lehrende und Lernende in den Hochschulen der gegenwärtigen Militarisierung der Gesellschaft und der Öffnung der Hochschulen für das Militärische entschieden entgegen.

Auf Basis der Niederrichtung des Faschismus und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen bilden das Friedensgebot des Grundgesetzes und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen den zukunftsweisenden Horizont für die Verwirklichung einer dem Menschen zugewandten weltweiten Entwicklung. Dieser fortwährende Anspruch ist auch 75 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes hoch aktuell. In diesem Geiste sind über viele Jahrzehnte Zivilklauseln an über 70 Hochschulen erkämpft worden. Sie sind Selbstverpflichtungen der

Hochschulen, zu einer friedlichen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen und für zivile Zwecke zu lehren, zu lernen und zu forschen.

Mit der militärischen „Zeitenwende“ in Hochschule und Gesellschaft, der postulierten Alternativlosigkeit der Gewalt und der aggressiven Rhetorik zur Kriegsertüchtigung werden die Lehren aus der deutschen Geschichte und das Vermächtnis aus „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ins Gegenteil verkehrt, die Gesellschaft verroht und extrem rechten Gesellschaftsentwürfen und Menschenbildern abermals Tür und Tor geöffnet.

Wir weisen die gegenwärtigen drastischen Versuche von Rüstungskonzernen und ihren politischen Wortführern in Bund und Ländern entschieden zurück, die öffentlichen Hochschulen für militärische Zwecke zu öffnen und die Zivilklauseln zu unterminieren, um Wissenschaft in den Dienst von Sicherheits- und Geopolitik zu stellen. Wir wollen zivil für die kooperative Gestaltung einer friedlichen Welt arbeiten, lernen und forschen! So wie es die Vereinten Nationen im kollektiven Beschluss zur Verwirklichung menschenwürdiger Lebensverhältnisse weltweit in 17 Nachhaltigkeitszielen bereits gefasst haben!